

entschlossen, für den (unwahrscheinlichen) Fall eines sowjetischen Angriffes einer westlichen Eskalation in die nukleare Kampfführung keinerlei Beihilfe zu leisten.“

Es ist aber nicht nur die geostrategische Lage der Nato, die zur Koppelung des interkontinentalen Atomwaffenpotentials der USA mit den konventionellen und nuklearen Potentialen in Europa geführt hat. Es ist natürlich auch der politische und strategische Wille des Bündnisses, die Einheit von Nordamerika und Westeuropa zu demonstrieren.

Durch die Herstellung strategischer Parität seitens der Sowjet-Union gerieten die USA und die Nato jedoch in ein strategisches Dilemma, das die Nukleargarantie in Frage stellt.

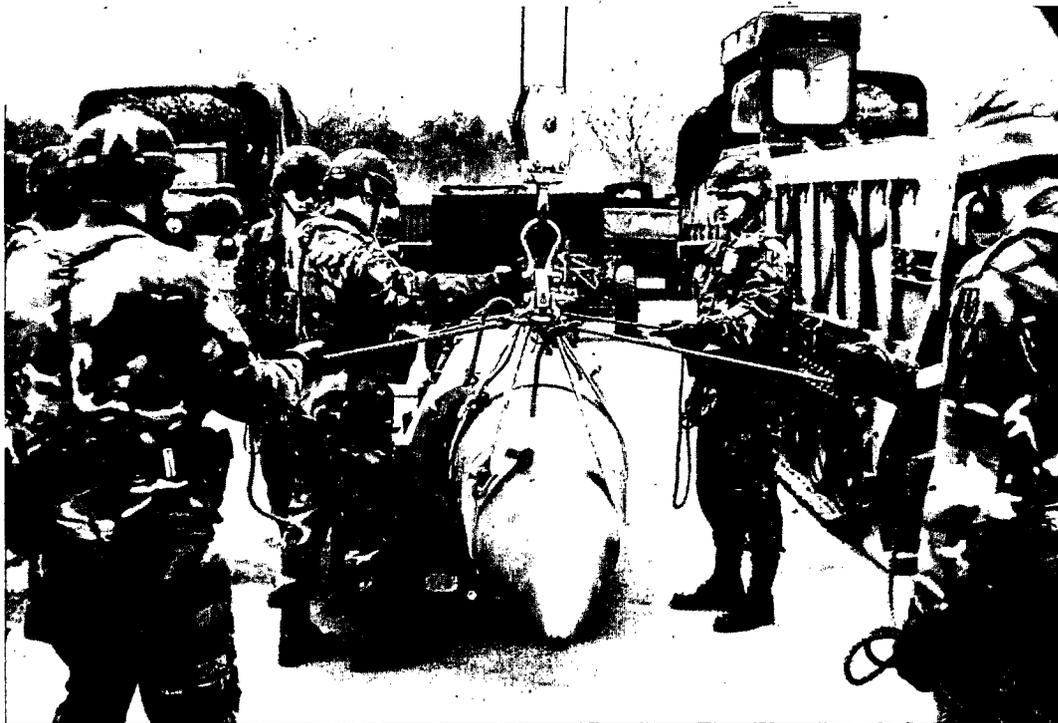
Die Vereinigten Staaten fürchten die nukleare Eskalation, weil nicht sicher ist, ob sich der Eskalationsprozess an irgendeiner Stelle aufhalten läßt. Wäre dies nicht möglich, so bedeutete jeder Nuklearwaffeneinsatz in Europa für die Vereinigten Staaten den Verlust ihrer vorteilhaften strategischen Lage und ein existentielles Risiko.

Andererseits wissen die Europäer, daß ein ausgedehnter konventioneller Krieg nicht weniger zerstörerisch für Europa wäre als ein Nuklearkrieg. Das europäische, insbesondere das deutsche Interesse besteht deshalb darin, im Falle eines bewaffneten Konflikts möglichst frühzeitig den Einsatz nuklearer Waffen anzudrohen und gegebenenfalls auch durchzuführen. Einerseits soll der frühzeitige Nuklearwaffeneinsatz die konventionelle Direktverteidigung stabilisieren, andererseits soll er dem Aggressor die Gefahr der Eskalation in den „all-out-war“ signalisieren.

Zwischen den USA und den westeuropäischen Nato-Staaten gibt es also divergierende Interessenlagen.

Zusätzlich kompliziert wird die Situation dadurch, daß die jeweiligen internen Interessenlagen der beiden Seiten sich ambivalent darstellen.

Einerseits verspricht sich Westeuropa von einer durch die eigene Strategie geförderten sowjetischen Annahme, ein europäischer Krieg werde unweigerlich eine katastrophale Dimension haben, ein größtmögliches Maß an Abschreckung vor dem Krieg, andererseits aber belastet diese Vorstellung die innere



„Lance“-Rakete (in Hanau): „Keine realistische Option“

Akzeptanz vor allem auch der konventionellen Streitkräfte. Zudem könnten gerade die westeuropäischen Regierungen im Kriegsfall auf eine nukleare Eskalationsdrohung verzichten, weil sie eine verheerende nukleare Vergeltung der UdSSR befürchten müßten.

Auf amerikanischer Seite besteht der Konflikt darin, daß Westeuropa in der globalpolitischen Auseinandersetzung mit der Sowjet-Union ein Gebiet von erstrangiger strategischer Bedeutung darstellt, ohne jedoch für die eigene Überlebensfähigkeit unerlässlich zu sein. Den USA kann deshalb einerseits Westeuropa ein die eigene Existenz gefährdender Nuklearkrieg mit der Sowjet-Union nicht wert sein. Andererseits aber können sie aus eigenem Interesse Westeuropa nicht widerstandslos an die UdSSR fallen lassen.

Aus diesem Interessenkonglomerat kristallisiert sich zwar die Möglichkeit heraus, für die Regelung des nuklearen Ersteinsatzes die Interessen der Beteiligten weit genug zur Deckung zu bringen, um gemeinsame operative Planungen und Einsatzrichtlinien zu vereinbaren und so zumindest die Fähigkeit zur nuklearen Eröffnung sicherzustellen.

Jedoch trifft in der Debatte über die Regelung des Folgeinsatzes das vitale Interesse der Bundesrepublik, sich aus Gründen der Selbsterhaltung auf die amerikanische Nukleargarantie verlassen zu können, unmittelbar auf das vitale Interesse der USA, allein die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sowjetisches Territorium nuklear angegriffen würde.

Für den Fall einer großangelegten sowjetischen Aggression in Mitteleuro-

pa muß man also von der plausiblen Annahme ausgehen, daß die USA ihr Interesse an der Erhaltung ihres europäischen Glacis ihrem existentiellen Interesse des eigenen Überlebens unterordnen werden. Die Distanz zu Europa ist in der „psychologischen Geographie“ (Colin Gray) groß genug, um dort notfalls eine militärische Niederlage akzeptieren zu können, wenn anders das Risiko einer Zerstörung der Vereinigten Staaten nicht abzuwenden wäre.

## JUGENDHILFE

### Nicht gewachsen

**Geldmangel und der Widerstand konservativer Parteifreunde gefährden den Plan von Bundesfamilienministerin Ursula Lehr, ausreichend Kindergartenplätze zu schaffen.**

Seit Monaten suche sie einen Kindergartenplatz für ihre vierjährige Tochter, beklagte sich vergangenen Donnerstag im Südwestfunk eine Hörerin aus Frankfurt. Inzwischen sei sie auf Platz 50 der Warteliste des einzigen Kindergartens in ihrem Stadtteil vorgerückt. Ihren Wunsch, wieder arbeiten zu gehen, habe sie vorerst zumindest aufgeben müssen.

Wie dieser Mutter geht es vielen Eltern. Es gibt zu wenig Kindergärten. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist die Lage noch schlimmer als im Südwesten: Dort findet nicht einmal die Hälfte aller Drei- bis Sechsjährigen einen Platz. Bundesweit hat nur jede dritte

alleinerziehende Mutter die Chance, eine Tagesbetreuungsstelle für ihr Kleinkind unter drei Jahren zu finden.

„Das soll nun anders werden“, verspricht Familienministerin Ursula Lehr. Seit über einem Jahrzehnt fordern Sozialpolitiker aller Parteien mehr Kindergartenplätze und einen Rechtsanspruch auf Betreuung. In der „Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechtes“, die Ministerin Lehr jetzt auf den Weg bringen will, ist denn auch geplant: „Jedes Kind hat in den drei Jahren vor dem regelmäßigen Beginn der Schulpflicht einen Anspruch auf Kindergartenerziehung.“ Und: Die Zahl der Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren wird verdoppelt.

Vergangenen Freitag beschlossen die für „Jugend“ zuständigen Länderminister, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Allen Beteiligten ist jedoch klar: Entweder wird es noch stark verwässert oder scheitert am Geld. Beim Treffen in Köln plädierten der bayrische Sozialminister Gebhard Glück und seine Kollegen aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg dafür, den Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze einzuschränken, zum Beispiel auf Kinder von berufstätigen oder alleinstehenden Eltern.

Die Vertreter der SPD-Länder wandten sich zwar vehement gegen solche „Billigmacher“ (Bremens Sozialsenator Henning Scherf). Einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze können und wollen jedoch auch sie nicht ohne Bundesbeteiligung finanzieren. Man einigte sich vergangenen Freitag – wie immer bei aussichtslosen Vorhaben – darauf, die „offenen Fragen konstruktiv zu klären“. Vom Bund erwarten die Jugendminister einmütig einen „finanziellen Ausgleich“.

Da Jugendhilfe und Kindergärten eindeutig Ländersache sind, darf die Bundesregierung solche Vorhaben nicht direkt finanziell unterstützen. Sie könnte jedoch einen Beitrag leisten, indem sie den Ländern über einen neuen Finanzausgleich mehr Geld zukommen läßt. Nur: Aus dem Finanzministerium war dazu bislang immer ein eindeutiges „Nein“ zu hören. Fraglich, ob CDU-Familienministerin Lehr dem CSU-Finanzminister Theo Waigel die notwendigen 400 Millionen Mark abhan-



Familienministerin Lehr Frankreich als Vorbild

deln wird. Der Unterstützung ihres CSU-Ressortkollegen aus Bayern kann sie sich nur dann sicher sein, wenn sie entgegen ihrer Überzeugung die Rechtsansprüche auf Kindergartenplätze einschränkt.

Die Neuordnung des bald 70 Jahre alten Jugendwohlfahrtsgesetzes wird nun schon jahrelang von einer Schublade in die andere geschoben. Das liegt allerdings nicht nur an den hohen Ko-

sten (etwa eine Milliarde), sondern auch daran, daß konservative Politiker, allen voran die Christsozialen aus Bayern, mit einer derartigen Vergesellschaftung des Nachwuchses eine schleichende Demontage der Familie und die Sozialisierung der Erziehung befürchten. Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und auf Tagespflege für die ganz Kleinen? Diese „Frühablieferung“ („Bayernkurier“) der Kinder erinnert den bayrischen Ministerpräsidenten Max Streibl ganz offen an Verhältnisse in der DDR.

Dabei ist Frau Lehr weit davon entfernt, Tagesbetreuung für alle Zweijährigen einzuführen. Lediglich „wenn erzieherischer Bedarf besteht und die Betreuung durch die Familie nicht gewährleistet ist“ (Gesetzentwurf), soll es einen Anspruch auf Tagespflege geben.

Doch das geht konservativen Lobbyisten wie den in der „Deutschen Liga für das Kind“ zusammengeschlossenen Eltern und Kinderärzten bereits zu weit. Einer „derartigen frühen außerfamiliären Erziehung“ seien Kinder „noch gar nicht gewachsen“. Und der Deutsche Landkreistag, Zusammenschluß der Landkreise, befürchtet in seiner Stellungnahme, mit „zahlreichen subjektiven Rechtsansprüchen“ wie dem auf Kinderbetreuung fördere das Gesetz ein „Anspruchsdenken“. Außerdem werde Jugendhilfe mit frauenpolitischen Anliegen vermengt, indem es Frauen die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ermögliche.

Kaum ein konservativer Politiker traut sich heute noch offen zu sagen, Frauen gehörten an Heim und Herd. Der Widerstand ist subtil: Die Opposition gegen das neue Jugendhilfegesetz soll verhindern, daß für immer mehr Frauen möglich wird, was für Männer noch nie ein Problem war – Kinder zu haben und ihrem Beruf nachzugehen.

Familienministerin Lehr meint, im Gegensatz zu vielen ihrer konservativen Kollegen, es sei „für die Entwicklung der Kinder“ wichtig, „in der Gruppe mit Gleichaltrigen Erfahrungen zu sammeln und beim Spiel soziales Lernen einzuüben“. Im Vergleich zu den Nachbarländern, weiß die Ministerin, schneidet die Bundesrepublik bei der Kinderbetreuung schlecht ab. Vorbildlich findet sie Frankreichs „écoles maternelles“, die Kinder bereits im Alter von zwei Jahren aufnehmen. Ihre Parteifreunde versucht sie mit dem Argument zu überzeugen, dieses „gesellschaftspolitisch immer wichtiger werdende Feld“ dürfe nicht der SPD und den Grünen überlassen werden: „Wer die Abtreibungszahlen senken will, muß für Kindergartenplätze und Tagesbetreuung auch für die ganz Kleinen sorgen.“

Doch davon wollen Frau Lehrs Kontrahenten nichts wissen. Schließlich gebe es die „Mutter und Kind“-Programme: Alleinerziehende bekommen –



Bundesdeutscher Kindergarten: Schleichende Demontage der Familie?

allerdings nur, solange Geld in der Landeskasse ist – eine Unterstützung, damit sie zu Hause bleiben und ihr Kind erziehen können.

Die konservativen Ideologen hoffen nun darauf, daß Waigel die „Neuordnung des Jugendhilferechtes“ in der jetzigen Fassung verhindert und die nötigen Bundeszuschüsse verweigert. Ein Ministerialer aus Baden-Württemberg, der die vergeblichen Gesetzesversuche seit Jahren beobachtet, weiß, was kommt: „Es wird einen eingeschränkten Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze geben, so daß die Mutter im Ernstfall ein Recht auf gar nichts hat.“

## MINISTER

### Der mit dem Scheitel

Der neue Bonner Innenminister Schäuble sieht sich noch nicht am Ende seiner Karriere.

Wolfgang Schäuble ist ein ehrgeiziger Mann. Auf jedem seiner Jobs verdiente sich der Badener Jurist politischen Lorbeer. Nie vergaß er, höhere Ziele anzuvisieren.

Unter Alfred Dregger managte er bis 1984 als Parlamentarischer Geschäftsführer die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Nebenbei diente er dem Kanzler als Ratgeber und hätte gern Heiner Geißler als CDU-Generalsekretär beerbt. Später, als Kanzleramtschef, schielte er begehrtlich auf Dreggers Fraktionsvorsitz oder auf ein ordentliches Ministerium.

Die ihn kennen, wissen, daß sich der neue Innenminister nicht gewandelt hat; sie trauen ihm alles zu, sogar, daß er eines nahen oder fernen Tages Helmut Kohl beerben und Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden könnte.

Beispielsweise Hans-Peter Repnik, südbadischer Landsmann des neuen Bundesinnenministers und in Bonn als Vorsitzender der baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten von gehobenem Einfluß. Der bei der jüngsten Kabinettsbildung zum Parlamentarischen Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium aufgestiegene Repnik meint, sein morgendlicher Jogging-Partner habe in der Nachfolge Friedrich Zimmermanns eine „Schlüsselposition“ auf seinem weiteren Weg nach oben besetzt: „Es gibt im Moment für die Union keinen Bereich, der so wahlentscheidend ist wie dieses Ressort.“

Denn dort müssen die Reizthemen Asylanten, Ausländer und Aussiedler entschärft werden, die der CDU bei den letzten Wahlen schmerzliche Verluste zugunsten der Konkurrenz vom rechten Rand gebracht haben. Schäuble: „Ein Gebäu, aus dem nicht meine Freunde Honig saugen.“



Kanzler Kohl, Gehilfe Schäuble: „Freundschaft gegen Freundschaft“

„Da gibt es nur einen“, dem Repnik die politische Bewältigung dieser Probleme zutraut, „und der heißt Wolfgang Schäuble.“

Sollte „der mit dem Scheitel“ (Bonner Jargon), klein, drahtig und voller Ehrgeiz, etwa zum Match-Winner werden, der anstelle des abgewirtschafteten Kohl die Union wieder auf Trab bringt? Sollte der frühere Fraktionsgeschäftsführer und Kanzleramtsminister, der an der Seite des Pfälzers Karriere machte, im entscheidenden Moment – vielleicht schon nach einer verunglückten Europawahl Mitte Juni – sogar stärker sein als Lothar Späth aus Baden-Württemberg oder Theo Waigel aus Bayern?

Enge Berater des Noch-Kanzlers, Leute also, die Wolfgang Schäubles Wirken in der Regierungszentrale über vier Jahre erlebt haben, sehen den Juristen aus Gengenbach bei Offenburg noch nicht am Ende seiner Karriere: „Der will Kanzler werden, ohne Frage – wenn es denn irgendwie geht.“

Den Beweis, daß es ihm längst um mehr geht als darum, seinem langjährigen Mentor Kohl weiter über die Runden zu helfen, hat Schäuble selber erbracht. Vor viereinhalb Jahren, im November 1984, hatte der Kanzler den schon aus Oppositionszeiten Vertrauten aus der Fraktion an die Spitze der Regierungszentrale geholt. Der Auftrag war klar: Schäuble sollte Pannen im täglichen Regierungsgeschäft verhindern, der Behörde endlich eine klare Führungsstruktur verpassen und dem Umgang des Pfälzers mit der Macht, dem Pendeln zwischen Sprüchen und Ansprüchen, wenigstens einen Hauch von Sinnhaftigkeit, wenn nicht gar von Konzeption verleihen.

Als Kohls Not am größten war, die Serie der Wahlniederlagen mit Berlin und Hessen vorläufige Höhepunkte

erreicht hatte und das Ansehen des Kanzlers auf dem demoskopischen Tief angefangen war, setzte sich Schäuble – noch rechtzeitig? – in die Etappe eines Ministeriums ab.

Sein Amt ließ er zurück im bürokratischen Durcheinander: mit einem Bundesminister Rudolf Seiters an der Spitze, einem Apparatschik, der sich in der Fraktionsgeschäftsführung als Pamphletist und Lautsprecher gegen die Opposition sowie zum Wohlgefallen Kohls als Kontrastmann zum CDU-Generalsekretär hervortat. Dazu ein Staatsminister Lutz Stavenhagen, der sich als Nachfolger des beamteten Staatssekretärs Waldemar Schreckenberger fortan um die Koordination der Geheimdienste kümmern soll, dies als Parlamentarier aber eigentlich gar nicht darf; es bedurfte einer eigenen Kanzlerweisung, um dem Abgeordneten die Dienstaufsicht über den Bundesnachrichtendienst zu übertragen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit waltet eine weitere Parlamentarische Staatssekretärin bei Kohl ihres Amtes: Lieselotte Berger, die Berlin-Beauftragte ist, ohne daß sie je in Berlin oder sonstwo bemerkt worden wäre.

Wolfgang Schäuble wollte nur raus, weg aus der Nähe des angeschlagenen Kanzlers. Schon bei Manfred Wörners Abgang von der Hardthöhe ins Nato-Generalsekretariat nach Brüssel hatte er auf ein großes Revirement spekuliert und sich bereits im Finanzministerium gewöhnt. Immer wieder war er in kleinen Kreisen, auch im Beisein Kohls, mit kurzen verletzenden Sottisen gegen den von der Barschel-Affäre und der mißratenen Steuerreform gebeutelten Gerhard Stoltenberg aufgefallen, etwa so: „Das hätte einfach nicht passieren dürfen.“ Oder: „Das hätten die früher machen müssen.“ Und immer wieder ließ der ehrgeizige einstige Regierungsrat beim Finanzamt